



REGIERUNG
DES GROSSHERZOGTUMS
LUXEMBURG
Justizministerium

Informationsblatt für die Opfer einer Straftat

2010

Gemäß Artikel 4-1 der Strafprozessordnung gelten als Opfer diejenigen Personen, die einen Schaden aufgrund einer Straftat erlitten haben.

FORM DER STRAFANZEIGE

Jedes Opfer ist befugt, Strafanzeige zu erstatten. Diese ist entweder persönlich oder durch einen Anwalt schriftlich zu erstatten.

Die Anzeige muss folgende Angaben enthalten:

1. Name, Vorname(n), Geburtsort und -datum, Beruf und Wohnsitz des Anzeigeerstatters,
2. den Tatbestand, der dem vom Anzeigeerstatter erlittenen Schaden zugrunde liegt,
3. die Art dieses Schadens.

BEISTAND FÜR DAS OPFER

1. Jedes Opfer hat Anspruch auf den Beistand oder die Vertretung durch einen Rechtsanwalt. Es kann der Akte sämtliche für nützlich erachteten Unterlagen beilegen.

- Sofern das Opfer die Dienste eines Rechtsanwalts in Anspruch nehmen möchte, kann es einen Anwalt seiner Wahl auf der vom Vorstand der Anwaltskammer veröffentlichten Anwaltsliste auswählen. Diese auf der Internetseite www.barreau.lu veröffentlichte Liste kann auf Antrag eingesehen werden.
- Wenn das monatliche Einkommen des Opfers den Anspruch auf Prozesskostenhilfe gemäß den gesetzlichen Bestimmungen rechtfertigt, kann Letzteres auf die Dienste eines vom Staat gestellten Anwalts zurückgreifen. Ein entsprechender Antrag ist an den Vorsitzenden der Anwaltskammer zu richten.

2. Das Opfer kann sich ebenfalls beim **Service d'Accueil et d'Information juridique** (Juristische Betreuungs- und Informationsstelle) über seine Rechte erkundigen:

in Luxemburg:

Cité Judiciaire, Bâtiment CR
L- 2080 Luxembourg

Tel.: 22 18 46

Montags bis Freitags von 8.30 bis 11.00 und von 14.30 bis 17.00

in Esch-sur-Alzette:

Justice de Paix
Place de la Résistance (Brill)
L-4041 Esch-sur-Alzette

Tel.: 54 15 52

Montags bis Freitags von 8.30 bis 11.00 und von 14.30 bis 17.00

in Diekirch:

Justice de Paix
Place J. Bech
L-9211 Diekirch

Tel.: 80 23 15

Mittwochs von 9.00 bis 11.30 und von 14.30 bis 17.00
Freitags von 15.00 bis 17.00

Schließlich kann das Opfer sich für jegliche nicht juristischen Probleme in Bezug auf seine Situation als Opfer an eine **Opferberatungsstelle oder eine entsprechende Vereinigung** wenden.

FOLGEN EINER STRAFANZEIGE

Jeder, der Strafanzeige bei einer Polizeidienststelle erstattet, erhält unbeschadet der Sondergesetze kostenlos eine Abschrift seiner Anzeige. Diese Abschrift wird ihm unverzüglich ausgehändigt oder, sofern es technisch nicht möglich ist, eine Abschrift zu erstellen, innerhalb eines Monats zugeschickt.

Die Strafanzeigen werden dem zuständigen Staatsanwalt übermittelt, der dann über deren weitere Folgen entscheidet. Der Staatsanwalt informiert das Opfer innerhalb von 18 Monaten nach Anzeigenerstattung über die Weiterbehandlung der Sache.

Entscheidet der Staatsanwalt, **die Sache einzustellen**, hat das Opfer mehrere Möglichkeiten:

1. Ein Strafverfahren einleiten

- im vereinfachten Ladungsverfahren (unmittelbare Vorladung)

Das Opfer kann den Straftäter unmittelbar vor das für Strafsachen zuständige Amtsgericht (sofern es sich um eine Ordnungswidrigkeit handelt) oder vor die Strafkammer des Bezirksgerichts (sofern es sich um ein Vergehen handelt) vorladen lassen.

Die Ladungsschrift muss den Tatbestand wiedergeben und gilt als Klage.

Das vereinfachte Ladungsverfahren ist für Verbrechen ausgeschlossen.

- mittels Strafantrag durch Beitritt als Nebenkläger

Das Opfer kann beim zuständigen Ermittlungsrichter einen Strafantrag stellen, indem es als „Nebenkläger“ auftritt und den erlittenen Schaden beziffert (zumindest ungefähr).

Der Strafantrag durch Beitritt als Nebenkläger ist für Ordnungswidrigkeiten ausgeschlossen.

- mittels Beschwerde beim Generalstaatsanwalt

Sofern die vom Opfer geltend gemachten Tatbestände, die Gegenstand der vom Staatsanwalt ad acta gelegten Strafanzeige waren, eine Verbrechen- oder Vergehensstrafe nach sich ziehen, kann das Opfer sich auch an den Generalstaatsanwalt wenden, welcher befugt ist, dem zuständigen Staatsanwalt anzuordnen, ein Strafverfahren einzuleiten.

2. Ein Zivilverfahren einleiten

Das Opfer kann den Täter ebenfalls vor das zuständige Zivilgericht vorladen lassen, um Schadenersatz zu fordern.

Das zuständige Gericht ist das Friedensgericht des Wohnsitzes des Täters oder des Ortes, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist, sofern der Betrag des geforderten Schadenersatzes den Betrag von 10.000 Euro unterschreitet.

Das zuständige Gericht ist das Bezirksgericht des Wohnsitzes des Täters oder des Ortes, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist, sofern der Betrag des geforderten Schadenersatzes den Betrag von 10.000 Euro überschreitet, wobei in diesem Fall die Inanspruchnahme der Dienste eines Anwalts am Gerichtshof erforderlich ist.

INFORMATIONENRECHT DES OPFERS

Jedes Opfer ist gemäß dem Gesetz berechtigt, von Amts wegen über die Einstellung des Verfahrens und der entsprechenden Begründung informiert zu werden. Das Opfer wird auf Antrag ebenfalls über die Einleitung des Ermittlungsverfahrens und über die Anberaumung der Verhandlungstermine vor den erkennenden Gerichten informiert.

ANSPRUCH AUF ZUERKENNUNG EINER VORAUSZAHLUNG

Sofern vom Opfer eine Schadenersatzklage eingereicht wurde, sei es im Rahmen einer öffentlichen Klage oder im Rahmen einer Privatklage, kann das Opfer den Eilrichter zwecks Zuerkennung einer Vorauszahlung vor dem Abschluss des Rechtsstreits anrufen, sofern das Vorliegen der Verpflichtung nicht ernsthaft beanstandet werden kann.

VERJÄHRUNG DER TATBESTÄNDE

- Die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung von **Verbrechen** beträgt 10 Jahre ab dem Tattag.

Die Verjährungsfrist für die in den Artikeln 372 bis 377 und in den Artikeln 382-1 und 382-2 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Straftaten, die an Minderjährigen begangen wurden, laufen erst ab Erreichen der Volljährigkeit der Person.

- Die Verjährungsfrist für **Vergehen** beträgt 5 Jahre.

Wenn das Opfer minderjährig ist und die Tatbestände in den Artikeln 372, 379, 379bis, 400, 401bis, 402 oder 405 des Strafgesetzbuches vorgesehen sind, läuft die Verjährungsfrist für die Strafverfolgung erst ab Erreichen der Volljährigkeit der Person.

- Die Verfolgung einer **Ordnungswidrigkeit** verjährt nach Ablauf eines Jahres.

Jede Ermittlungs- oder Verfolgungshandlung unterbricht die Verjährungsfrist.